

ÜBERBLICK

Zeitschrift des Informations- und
Dokumentationszentrums für
Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen



Allianzen bilden in der Migrationsgesellschaft

Solidarität als Anspruch
rassismuskritischer politischer Bildung

Empowerment und Powersharing –
eine Einführung

Jüdisch-muslimische Allianzen in
Deutschland und Europa am Beispiel
der Salaam-Schalom Initiative

IDA-NRW

Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismuserbeit in Nordrhein-Westfalen



INHALT

Allianzen bilden in der Migrationsgesellschaft

Solidarität als Anspruch rassismuskritischer politischer Bildung

Paul Mecheril

Empowerment und Powersharing – eine Einführung

Gabi Rosenstreich

Jüdisch-muslimische Allianzen in Deutschland und Europa am Beispiel der Salaam-Schalom Initiative

Armin Langer

Literatur und Materialien

Infos

Termine

IMPRESSUM

Überblick

Ausgabe 2/2018, 24. Jahrgang
ISSN 1611-9703

Herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbildung in NRW (IDA-NRW)
Volmerswerther Str. 20 · 40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
Info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

Redaktion

Karima Benbrahim

Online-Ausgabe

www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Ausgabe 3/2018: 1. September 2018

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

wenn wir über Solidarität nachdenken, dann fallen uns viele Beispiele von Initiativen bzw. Bündnissen ein, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus aussprechen und für eine gerechtere und solidarische Gesellschaft kämpfen. Am 20. Juni gab es zum Weltflüchtlingstag weltweite solidarische Aktionen von Initiativen, Vereinen und Verbänden, mit denen die Teilnehmenden ihre Solidarität mit Geflüchteten zum Ausdruck brachten, um sich beispielsweise für die Ziele des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) einzusetzen: bessere Lebensbedingungen für die Betroffenen und ein bestmögliches Zusammenleben von Vertriebenen und einheimischer Bevölkerung.

Die bedeutsame Frage ist, welches Verständnis von Solidarität bei solchen Aktionen und Bündnissen dahintersteht und wie eine rassismuskritische Solidarität aussehen kann. Häufig zeigt sich in der pädagogischen Arbeit eine paternalistische und koloniale Denkweise in der Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen geflüchteter Menschen und Migrant*innen.

Über geflüchtete Menschen und/oder Migrant*innen herrscht oft das verzerrte Bild, sie seien schwach und stets auf Hilfe angewiesen, da sie es aus eigener Kraft nicht schaffen würden. Diese Annahme reproduziert ein koloniales Bild des Helfers bzw. Retters. Damit wird zum einen suggeriert, diejenigen, mit denen man sich solidarisch erklärt, müssten befreit werden und zum anderen wird behauptet, die Position derjenigen, mit denen man sich solidarisiert, zu kennen. Und genau hier ist eine problematische und bevorzogene Praxis beschrieben, die paternalistische Züge aufweist. Eine solidarische Praxis sollte marginalisierte Stimmen und Positionen hörbar und sichtbar machen. Dies setzt zunächst voraus, marginalisierte Menschen nicht nur als deprivilegiert und Opfer zu sehen, sondern auch Ihre Stärke und Widerstandsperspektiven anzuerkennen.

Wichtige Gelingensbedingung einer solidarischen Praxis ist es, geflüchtete Menschen und/oder Migrant*innen teilhaben zu lassen und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen ihre mitgebrachten Erfahrungen und Lebensrealitäten selbstverständlich berücksichtigt werden. Besonders wichtig für eine rassismuskritische Arbeit ist es, die Teilnehmer*innen ernst zu nehmen, respektvoll ihre Belange zu berücksichtigen, sie in Entscheidungen einzubeziehen und Versprechen einzuhalten. Für die Gestaltung von Seminaren hat es sich als erfolgreich erwiesen, einen Empowermentraum anzubieten, in dem die Teilnehmenden als Expert*innen anerkannt werden und ihren eigenen Weg in die politische Bildungsarbeit finden können. Dazu gehört die Offenheit für Impulse, Herangehensweisen und Methoden, die diese Menschen mitbringen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass die spannenden Beiträge zu Solidarität, Allianzbildung und Empowermentarbeit Impulse zur Neukonzeptionierung einer rassismuskritischen Solidarität vermitteln.

Herzliche Grüße, Karima Benbrahim

3
7
10
12
15
16

Allianzen bilden in der Migrationsgesellschaft

Der erste Artikel von Paul Mecheril setzt sich mit dem Themenschwerpunkt der Solidarität als Notwendigkeit einer rassismuskritischen Arbeit auseinander, während im zweiten Beitrag Gabi Rosenstreich das pädagogische und politische Konzept Empowerment und Powersharing erklärt. Im dritten Beitrag stellt Armin Langer beispielhaft eine jüdisch-muslimische Allianz der Salam-Shalom Initiative, die rassismus- und antisemitismuskritisch arbeitet, vor.

Solidarität als Anspruch rassismuskritischer politischer Bildungsarbeit

// Paul Mecheril

Zusammenfassung

Rassismustheorie stellt ein (begriffliches) Instrumentarium der Analyse politischer, sozialer und kultureller Verhältnisse zur Verfügung. Mit dem Ausdruck „Rassismuskritik“ verbindet sich das Anliegen zum Thema zu machen, in welcher Weise, unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen Selbstverständnisse und Handlungsweisen von Individuen, Gruppen und Institutionen durch Rassismen vermittelt sind und wie diese beeinträchtigenden, disziplinierenden und gewaltvollen Formen rassifizierender Praxis abgeschwächt werden können. Rassismuskritik ist hierbei von zwei Grundprinzipien gekennzeichnet: Redistributive Veränderung symbolischer und materieller Verhältnisse sowie die dekonstruktive Thematisierung und Problematisierung oppositioneller Logiken. Der Widerspruch zwischen diesen Grundprinzipien kann nicht beseitigt werden; er ist vielmehr aufgehoben auch in dem grundsätzlichen normativen Anspruch, von dem rassismuskritische Bildung motiviert ist: postkommunitäre Solidarität.

Rassismuskritik

Im deutschsprachigen Raum ist die Verwendung und Verwendbarkeit des Ausdrucks „Rassismus“ stark von dem historischen Wissen über den Nationalsozialismus geprägt. Rassismus als Analysekategorie wird deshalb häufig gleichgesetzt mit der biologistischen Einteilung von Menschen in höher- und minderwertige „Rassen“. Orientiert an der Analyse des historischen Nationalsozialismus ist es im deutschsprachigen Raum die Rechtsextremismusforschung, die sich mit rassistischen Erscheinungen beschäftigt. Phänomene physischer und symbolischer Gewalt, die nicht dem Typus des organi-

sierten Rechtsextremismus in Form nationalistischer Zirkel oder organisierter Gruppen und Parteien zuzuschreiben waren, wurden bis etwa Anfang der 1990er Jahre mit Formulierungen wie Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit etikettiert – nicht aber mit dem Rassismusbegriff. Damit verband sich eine grundlegende Skepsis mit Bezug auf die Angemessenheit der Kategorie Rassismus für die Analyse gegenwärtiger Verhältnisse im deutschsprachigen Raum, da unterstellt wurde, dass solche Analysen davon ausgehen (müssen), dass die Ideologie des Nationalsozialismus fortwirke. Da aber der Neubeginn in der Bundesrepublik gerade durch den Versuch gekennzeichnet war, in der Proklamation eines Neuanfangs die nationalsozialistische Vergangenheit hinter sich zu lassen, war die gesellschaftliche Diagnose Rassismus lange un(aus)haltbar. Diese Ablehnung des Rassismusbegriffs muss somit vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Debatte um den Nationalsozialismus verstanden werden. Dies hat in den letzten 15 Jahren eine gewisse Abschwächung erfahren: Rassismus findet als Analysekategorie für erstens gegenwärtige und zweitens gewöhnliche gesellschaftliche Verhältnisse zunehmend Verwendung (vgl. etwa den Sammelband zu Rassismuskritik, hg. von Melter und Mecheril 2009; oder den Sammelband zu Rassismuskritik und Widerstandsformen, hg. von Fereidooni und El 2016).

Nicht dermaßen auf Rassismen angewiesen sein: Solidarität als Anspruch rassismuskritischer Bildung

Rassismustheorie stellt ein (begriffliches) Instrumentarium der Analyse politischer, sozialer und kultureller Verhältnisse zur Verfügung. Mit dem Ausdruck „Rassismuskritik“ geht es weniger um die Angabe von Kriterien, die es ermöglichen, Rassismus und „den Rassisten“ empirisch exakt zu bestimmen. Vielmehr verbindet sich mit Rassismuskritik die Ambition zum Thema zu machen, in welcher Weise, unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen Selbstverständnisse und Handlungsweisen von (rassistisch auf- oder abgewerteten) Individuen, Gruppen und Institutionen durch Rassismen vermittelt sind. Rassismuskritik als eine Haltung und als eine Praxis sucht nach Veränderungsperspektiven, nach Möglichkeiten, Formen der auf Rassekonstruktionen beruhenden Konstruktion von Wirklichkeit, der Kontrolle und des Gelenkt-Werdens zu erkennen und ihnen Alternativen entgegenzustellen. Rassismuskritik zielt darauf ab, beeinträchtigende, disziplinierende und zuweilen auch gewaltvolle Formen des rassifizierenden Einflusses durch konkrete und generelle Andere wie auch durch Wahrheit beanspruchendes Wissen abzuschwächen.

Rassismuskritik kann in diesem allgemeinen Sinne als kunstvolle, kreative, notwendig reflexive, beständig zu entwickelnde und unabschließbare, gleichwohl unterschiedene Praxis verstanden werden, die von der Überzeugung getragen wird, dass es sinnvoll ist, nicht in die-

ser Weise auf rassistische Handlungs-, Erfahrungs- und Denkformen angewiesen zu sein. Anders als in der eher tugendethischen Kritikkonzeption von Michel Foucault (Kritik als „die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 1992, S. 12), wird im Rahmen rassismuskritischer Ambition die Möglichkeit der Kritik – das Nicht-Angewiesen-Sein – in erster Linie auf ihre sozialen und politischen Ermöglichungsbedingungen befragt und die Rolle skizziert, die Bildung hierbei spielen kann. Rassismuskritik fragt nach den sozialen und politischen und schließlich subjektiven Bedingungen der Möglichkeit, nicht dermaßen auf rassistische Handlungs-, Erfahrungs- und Denkformen angewiesen zu sein.

Das Konzept Rassismuskritik beinhaltet macht- und selbstreflexive Betrachtungsperspektiven auf Handlungen, Institutionen, Diskurse und Strukturen. Gesellschaftliche Verhältnisse, die über Jahrhunderte hinweg von auf Rassismen basierenden Narrationen, Diskursen und Praktiken beeinflusst sind, können zwar nicht durch singuläre Handlungen verändert werden. Das Bestreben, nicht dermaßen dem Ensemble rassistischer Deutungs- und Handlungsschemata unterworfen zu sein, kann gleichwohl lokale Veränderungsprozesse einleiten. Wichtig ist hierbei die kritische Reflexion auf die eigene (im biographischen wie historischen Sinn) Geschichte und Position. Das Bestreben, nicht dermaßen auf Rassismen zurückgreifen zu müssen bedarf einer Standpunktsensibilität und -reflexivität, die eigene Verstrickungen, Vor- und Nachteile in einer von Rassismen und anderen Herrschaftsformen strukturell beeinflussten Gesellschaft berücksichtigt. Rassismuskritik bedarf der Reflexion, einer kontinuierlichen Selbst-, Kultur-, Interaktionen- und Institutionenbeobachtung. Selbstverständlich kann sich Rassismuskritik aber nicht auf die Praxis des Beobachtens beschränken. Die beobachtungsbegründete und standpunktreflexiv differenzierte Kritik an Rassekonstruktionen anschließender und diese bestärkenden Handlungen und Strukturen zielt darauf, diese zu schwächen, abzubauen und zu verhindern.

Da der Kern rassistischen Denkens in der herabwürdigenden und benachteiligenden, auf in der Regel eher verborgenen, Rassekonstruktionen basierenden Unterscheidung zwischen einem Wir und einem Nicht-Wir besteht, die durch ein komplexes, diachron und synchron verzweigtes System gesellschaftlicher Praktiken aufrechterhalten wird, die über Gesetzgebungen zu Medendarstellungen und individuellen Habitualisierungen reichen, ist es auch im Rahmen von etwa politischer Bildung bedeutsam, die Rassismen zugrunde liegende binäre Logik zu problematisieren. Dekonstruktive Ansätze interessieren sich für die politischen Effekte, die ein affirmierender, Differenzen bestätigender Umgang mit sich bringt. Während bestimmte Ansätze antirassistischer Bildung danach fragen, was angesichts der Ungleichheit zwischen „Weißen“ und „Schwarzen“ getan werden kann, um diese zu minimieren, und darauf beispielsweise antworten: anerkennend für die Rechte

von Schwarzen eintreten, zeigen dekonstruktive Ansätze auf, welche Effekte aus dem Engagement für die Anerkennung resultieren und welche Ordnungen und Normen im Zuge dieses differenzachtenden Einsatzes ungewollt gestützt bzw. produziert werden.

In Abgrenzung von einer Lesart, die Identitäten als voneinander unterscheidbare und festgelegte disparate Phänomene erkennt, macht die dekonstruktive Lektüre die paradoxe Einheit dieser Unterscheidungen deutlich. Hierbei kann das dekonstruktive Lesen als eines verstanden werden, das mit binären Oppositionen einhergehende Wertungen und Ausschlüsse deutlich zu machen und dadurch zu unterhöhlen sucht. Die Sichtbarmachung von durch Oppositionsbildungen ausgeschlossenen Positionen, die Destabilisierung dominanter oder vereinheitlichender Deutungen wie auch die Hervorhebung der Heterogenität und Brüchigkeit von Identitäten, ihrer Unreinheit (Mecheril 2009) können als Anliegen dekonstruktiver Strategien bezeichnet werden.

Die rassismuskritische Perspektive ermöglicht die Historisierung jener Herrschafts- und Gewaltphänomene, die implizit oder explizit Rassekonstruktionen aufrufen und ein Nachzeichnen ihrer spezifischen Wandlungen in Abhängigkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Konstellationen und Kontexte (beispielsweise die Entwicklung vom biologischen Rassismus hin zu Formen des Kulturrassismus). Gewaltphänomene werden mit Hilfe der rassismuskritischen Auseinandersetzung in den Rahmen einer Analyse gesellschaftlicher Gegenwart gestellt, in der historische Kontinuitäten und Modifikationen deutlich werden. Im Zentrum der Rassismuskritik steht die Frage danach, wer in welchen Kontexten wie und mit welchen Konsequenzen mit Hilfe von Rassekonstruktionen als gesellschaftlich Anderer verstanden, bezeichnet und behandelt wird. Rassismus kann hierbei als eine Praxis aufgefasst werden, die die Anderen rassistisch hervorbringt und zugleich eine besondere Behandlung dieser Anderen, etwa ihren Ausschluss oder ihre Überwachung legitimiert.

Da sich rassismuskritische Perspektiven nicht allein auf abstrakte Gegenstände beziehen, sondern sich als Bildungsansätze immer auch mit konkreten Erfahrungen, Selbst- und Fremdwahrnehmungsmustern und eigenen Zugehörigkeitskonzepten beschäftigen, ist die Thematisierung von Zugehörigkeitsordnungen auch in der eher konkreten Einstellung, die danach fragt, wer wie „vorkommt“ von Bedeutung. Auch wenn die Perspektive der Umverteilung von materiellen und symbolischen Gütern, die einen Ausgleich schafft zwischen jenen, denen unterschiedliche Positionen im rassistischen System zukommen, als rassismuskritische Perspektive unbefriedigend bleibt, da die Rassismen zugrunde liegende binäre Logik durch redistributive Ansätze bestätigt wird, so kann rassismuskritische Bildung trotz und in ihrer dekonstruktiven Ausrichtung Verteilungsver-

hältnisse nicht übersehen. Denn die Verhältnisse sind wirksam und wirklich und Versuche zu mehr Gerechtigkeit haben sich immer auch im Rahmen der gegebenen Verhältnisse zu bewähren.

Es kann somit festgehalten werden, dass zwei in einem Widerspruch zueinander stehende Grundprinzipien die rassismuskritische Bildungsperspektive charakterisieren: Redistributive Veränderung symbolischer und materieller Verhältnisse sowie die Umverteilung sowie die dekonstruktive Thematisierung und Problematisierung oppositioneller Logiken. Der Widerspruch zwischen diesen Grundprinzipien kann nicht beseitigt werden; er ist vielmehr aufgehoben in der Erfordernis zur Reflexion konkreter rassismuskritischer Praxis (vgl. Mecheril 2004, Kap. 7). Die widersprüchliche Spannung, die zwischen dem Anliegen der Umverteilung symbolischer und materieller Verhältnisse zwischen rassistisch markierten Gruppen und der Dekonstruktion oppositioneller Logiken gilt, wird zudem getragen von dem grundsätzlichen Anspruch rassismuskritischer Bildung. Dieser zielt darauf, praktische Zusammenhänge zu verdeutlichen, die „uns“ jenseits der alleinigen Verbundenheit auf das „Dorf“, die „Nation“, das „Volk“ und jenseits der alleinigen solidarischen Bezugnahme auf andere „Dörfler und Dörflerinnen“, „Landsleute“, „Volksgenossen“ verbinden; es geht um eine Art postkommunitäre Solidarität.

Solidarität ist ein „spezifischer Typ sozialer Regelung“ (Hondrich & Koch-Arzberger 1992, S. 10), der eine Form von Verbundenheit zu Menschen bezeichnet, die möglich wird, weil man sich in bestimmter Hinsicht „als gleich versteht“ (a.a.O., S. 12), ohne dass dadurch alle Differenz aufgehoben würde. Solidarität ist mithin eine „Verbundenheit trotz Differenz“ (a.a.O., S. 13). Sie ist zugleich eine „Verbundenheit wegen Differenz“, da Solidarität einen moralisch fundierten sozialen Akt bezeichnet, in dem die Beteiligten sich in unterschiedlichen Lagen der Not oder Bedrängnis befinden.

Für Jürgen Habermas ist Solidarität „das Andere der Gerechtigkeit“. Bei beiden moralischen Prinzipien handele es sich nicht um zwei Momente, die sich ergänzten, „als vielmehr um zwei Aspekte derselben Sache. Jede autonome Moral muß zwei Aufgaben in einem lösen: sie bringt die Unantastbarkeit der vergesellschafteten Individuen zur Geltung, indem sie Gleichbehandlung und damit gleichmäßigen Respekt vor der Würde eines jeden fordert; und sie schützt die intersubjektiven Beziehungen reziproker Anerkennung, indem sie von den Individuen als Angehörige einer Gemeinschaft, in der sie sozialisiert worden sind, Solidarität fordert. Gerechtigkeit bezieht sich auf die gleichen Freiheiten unvertretbarer und sich selbst bestimmender Individuen, während sich Solidarität auf das Wohl der in einer intersubjektiv geteilten Lebensform verschwisterten Genossen bezieht – und damit auch die Erhaltung der Integrität dieser Lebensform selbst“ (1986, S. 31).

Gegenüber Gerechtigkeit betont Solidarität die Notwendigkeit der Anerkennung lebensweltlicher Strukturen, in denen die Anerkennung von einzelnen Subjekten erst zur Geltung kommen kann. Solidarität ist mithin ein auf den Erhalt und die Ermöglichung von Lebensformen zielendes Engagement, welches über die bloße Orientierung an Recht und Gerechtigkeit hinausgeht. Von zentraler Bedeutung für einen auf gesellschaftliche Zusammenhänge der Gegenwart bezogenen Solidaritätsbegriff ist die Frage nach der Art der Gemeinsamkeit, auf die Solidarität, Solidaritätsgefühle und solidarisches Handeln bezogen sind. Vor dem Hintergrund der Gefahren, die mit einer – wie etwa bei Richard Rorty (1988) – eifertigen Konkretisierung und Benennung einer Gemeinschaft als bestimmte und ausschließende Gemeinschaft einhergehen, scheint es sinnvoll, für eine pragmatisch geleitete Universalisierung von Solidarität zu plädieren. Solidarität muss sich prinzipiell auf alle sprach-, handlungs- und moralbegabten Menschen beziehen, weil erst über diese Art von Verbundenheit, angestrebter Empathie und aktiver „affektiver Anteilnahme an dem individuell Besonderen“ (Honneth 1994, S. 210) der Anderen die Gefahren von Partikularismus und Kollektivismus überwindbar werden.

Solidaritätskonzepte, die auf die Figur einer „Solidarität unter Vertrauten“ beschränkt bleiben, haben in pluralen Gesellschaften nur eine beschränkt integrative Funktion. Wenn Solidarität wie bei Jürgen Habermas als „Wohl der in einer intersubjektiv geteilten Lebensform verschwisterten Genossen“ verstanden wird, dann stellt das Prinzip der Solidarität unter Vertrauten in gesellschaftlichen Kontexten, die eine Pluralität und Diversität der Lebensformen kennzeichnet, eher ein Instrument der Festschreibung und Festigung von Differenz und Dominanz dar, welche Anteilnahme und Engagement verhindern (vgl. auch Brunkhorst 1997, der die Umstellung von „Solidarität unter Freunden“ auf „Solidarität unter Fremden“ als „moralischen Fortschritt“ herausgestellt hat).

In rassismuskritischer Perspektive wird deutlich, dass Solidarität auf alle symbol- und handlungsbegabten Menschen verweist, mit denen ich in einem wie auch immer vermittelten Handlungszusammenhang stehe und da unter Bedingungen dessen, was Globalisierung genannt wird, die ökologischen, politischen, ökonomischen und kulturellen Handlungszusammenhänge weltweit aufeinander bezogen sind, stehe ich letztlich potenziell mit allen Menschen in einem praktischen Verweisungszusammenhang, in dem mich, so ich ethisch empfinde, das Leid des und die Notlage der Anderen etwas angeht. Dieser Zusammenhang kann durch Gefühle der Verbundenheit gestiftet oder angezeigt werden, muss es aber nicht. Dieses „muß es aber nicht“ hat auch eine empirisch-deskriptive Dimension, da Menschen mehr und mehr lernen, sich als signifikant in nationale, supranationale und globale Handlungskontexte ökonomischer, rechtlicher, kultureller und sozialer

Art eingebunden zu begreifen, die sich auch auf einer sinnlich-leiblichen Ebene simplen Vereinheitlichungs-suggestionen widersetzen. Es ist gerade die Fremdheit solcher „unverschwieterter“ Anderer, mit denen ich in zwar „außerfamilialen“, gleichwohl pragmatisch relevanten Zusammenhängen (etwa das Phänomen der Gewalt an Schulen in Deutschland, die europäische Asylgesetzgebung, der globale Klimawandel) stehe, die zu einem Nachdenken über Formen wechselseitiger Anerkennung anregt, die über Modelle, die Solidarität an Vertraut-Sein, lebensweltliche und emotionale Nähe binden, über kulturalistische und idyllisierende Modelle von Solidarität hinausgeht. Empirische Hinweise auf die potentielle Realisierbarkeit postfamilialer Solidarität stützen die Relevanz und Reichweite des postkommunitären Solidaritätsbegriffs. Der Sinn eines als Solidarität bezeichneten Beziehungstyps, der auch jenseits von kommunitären Zusammengehörigkeitsgefühlen wirksam ist, besteht jedoch nicht allein und nicht vorrangig darin, dass er empirisch anzutreffen ist und ein integratives Potential besitzt, sondern, dass er unter rassismuskritischen Bedingungen wünschenswert ist. Sinnvoll ist das Engagement für soziale Verhältnisse, für die der Beziehungstyp Solidarität kennzeichnend ist, weil diese Verhältnisse moralisch wünschenswert sind (und zugleich prinzipiell nicht „weltfremd“ und allein „schwärmerisch“ sind).

Das hier bedeutsame Verständnis von Solidarität verweist auf ein Engagement für ein Gegenüber, das zwar unvertraut ist und sein kann, mit dem der und die Einzelne aber in einem praktischen Zusammenhang einer geteilten von Pluralität und Globalität geprägten Lebensform steht. Hierbei wird Solidarität von einer Bezugnahme auf andere getragen, die erst als Handlung oder Handlungsbereitschaft zu Solidarität wird. Solidarität ist insofern „mehr“ als bloßes Mitgefühl, als Empörung, oder als eine moralische Stellungnahme; für Solidarität ist ein Engagement kennzeichnend, das – zumindest seinem Anliegen nach – darauf bezogen ist, Verhältnisse, in denen sich die mir fremden und vertrauten sozialen Anderen nicht entfalten und entwickeln können, zu verändern oder weitergehend noch: diese Verhältnisse zu verhindern. ■

Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung des Textes: Mecheril, Paul (2010): Politische Bildung und Rassismuskritik. In: B. Lösch & A. Thimmel (Hg.): Kritisches Handbuch Politische Bildung, Wiesbaden: Springer VS, S. 241-252

Autor

Prof. Dr. Paul Mecheril ist Professor für Migration und Bildung am Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Er ist dort zudem Direktor des Center for Migration, Education and Cultural Studies. Er beschäftigt sich unter anderem mit dem Verhältnis von Zugehörigkeitsordnungen, Macht und Bildung. Professor Mecheril ist Sprecher des Promotionsprogramms „Migrationsgesellschaftliche Grenzformationen: Wissensordnungen, Materialien, Subjektivierungen“.

Literatur

- Antidiskriminierungsbüro Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt (2008): Diskriminierungsfälle 2007, Köln
- Antirassistische Initiative Berlin (2005/2006/2007): Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen. Berlin
- apabiz/MBR (Hg.) (2007): Berliner Zustände 2007. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin. In: https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Schattenbericht_2007.pdf
- Brodén, Anne/Mecheril, Paul (Hg.) (2008): Die Normalität des Rassismus. http://www.ida-nrw.de/html/Fpub_ida.html
- Brunkhorst, Hauke (1997): Solidarität unter Fremden, Frankfurt a.M.: Fischer
- Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter (14.03.09): <http://www.bpb.de/>
- Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik? (aus d. Franz. von Walter Seitter), Berlin: Merve-Verlag
- Hafenecker, Benno (2005): Politische Bildung. In: Tippelt, R. (Hg.) (2005). Handbuch Bildungsforschung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Balibar, Etienne (1990): Rasse – Klasse – Nation : ambivalente Identitäten (Übers. von Michael Haupt u. Ilse Utz), Hamburg & Berlin: Argument
- Habermas, Jürgen (1986): Gerechtigkeit und Solidarität. Eine Stellungnahme zur Diskussion um „Stufe 6“. In: Edektein, Wolfgang/Nummer-Winkler, Gertrud (Hg.): Zur Bestimmung der Moral, Frankfurt a. M., S. 291-320
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2, Hamburg: Argument
- Hall, Stuart (2000): Cultural studies: ein politisches Theorieprojekt. (Herausg. u. übersetzt von Nora Rähzel, Hamburg [u.a.]: Argument
- Hall, Stuart (1999): Ein Gefüge von Einschränkungen. Gespräch zwischen Stuart Hall und Christian Höller In: Jan Engelmann (Hg.): Die kleinen Unterschiede, Frankfurt a.M./New York
- Heitmeyer, Wilhelm (2006): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung 2002-2005. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt/M., S. 15-36
- Hondrich, Karl Otto & Koch-Arzberger, Claudia (1992): Solidarität in der modernen Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Fischer

- Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Foucault, Michel (1990): Was ist Kritik, Berlin: Merve
- Mecheril, Paul (2003): Politik der Unreinheit, Wien: Passagen
- Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim: Beltz
- Melter, Claus & Mecheril, Paul (Hg.) (2009): Rassismuskritik: Rassismuskritik und Rassismuserfahrungen, Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag
- Melter, Claus (2006): Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit, Münster
- Miles, Robert (1992): Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg
- Phoenix, Ann (1998): „Rasse“, Ethnizität und psychologische Prozesse. In: del Mar Castro Varela, Maria, u.a. (Hg.): Suchbewegungen, Interkulturelle Beratung und Therapie (S. 17-38), Tübingen
- Pinderhughes, Elaine (1998): Arbeitsblätter für WorkshopteilnehmerInnen. In: del Mar Castro Varela, Maria, u. a. (Hg.): Suchbewegungen, Interkulturelle Beratung und Therapie (S. 267 f), Tübingen: DGVT
- Rommelspacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt/New York
- Rorty, Richard (1988): Solidarität oder Objektivität? Stuttgart: Reclam
- Scherschel, Karin (2006): Rassismus als flexible symbolische Ressource: eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren. Bielefeld: transcript
- Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. MigrantInnen zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Bielefeld: transcript
- Weiß, Anja (2001): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit, Opladen: Westdeutscher Verlag

Empowerment und Power-sharing – eine Einführung

// Gabi Rosenstreich

Der Begriff Empowerment ist zum festen Bestandteil des Diskurses in Deutschland geworden. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge¹ bis hin zu Coaches für „moderne Spiritualität“², alle wollen Empowerment und viele behaupten, es zu erzeugen. Spätestens als Kim Kardashian zum Internationalen Frauentag am 8. März 2018 eine „Empowerment Week“ für ihre fast sechs Million Twitterfollower ausgerufen hat, samt käuflicher Emojis und einem kostenpflichtigen Zugang zu ihrem Blog voller Styling-Tipps für ‚starke Frauen, die ihre Träume erreichen wollen‘, wurde deutlich, dass Empowerment eindeutig zu einer Vokabel der neoliberalen Individualisierung verkommen ist. Eine Betrachtung des Begriffs aus feministisch-intersektionaler Perspektive erscheint vor diesem Hintergrund hilfreich, um seine Kraft als handlungsleitendes, programmatisches Konzept greifbarer zu machen.

Empowerment wurde in Deutschland anfangs vor allem von Selbsthilfeinitiativen im Kontext emanzipatorischer, neuer sozialer Bewegungen, insbesondere der Frauenbewegung und der Migrant_innenselbstorganisationen, genutzt. Er ist im Diskurs der psychosozialen- und Entwicklungsarbeit schon lange etabliert und eng mit dem Begriff der Solidarität verbunden.³ Er findet zunehmend Verwendung als Appell für eine gerechte und soziale Praxis auch in der Bildungsarbeit.

Kern des Begriffs ist „power“, d. h. die Kraft, Stärke und Macht, über das eigene Leben zu bestimmen. Ich definiere Empowerment als die Ausweitung von Machtzugang und damit von Handlungsspielräumen minorisierter Gruppen auf der Grundlage von Selbstdefinition und Selbstbestimmung. Empowerment ist ein Prozess, kein

- 1 So soll die Teilnahme von Geflüchteten an einem Integrationskurs „über eine Verbesserung der Deutschkenntnisse zu einer Veränderung des Selbstbilds, einer Stärkung des eigenen Selbstwertgefühls und eventuell auch einer Emanzipation oder Übernahme neuer Rollen... („Empowerment“)“ führen. Online unter: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2011/20110530-wp37-integrationskurse.html>, zuletzt abgerufen am 30.05.2018
- 2 „Als Expertin für Mindful Empowerment und moderne Spiritualität ist es meine Vision, Menschen professionell darin zu unterstützen eine gesunde und wertschätzende Beziehung zu sich selbst zu entwickeln, ihr volles Potential zu entfalten, sich selbst voll zum Ausdruck zu bringen und sich an die innere Weisheit zu erinnern.“ Online unter: <https://lauraseiler.com>, zuletzt abgerufen am 30.05.2018
- 3 Empowerment wird manchmal als „Ermächtigung“ oder „Selbstermächtigung“ übersetzt. Angesichts seiner Assoziation mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis (1933) finde ich diese Begriffe ungeeignet und greife lieber auf den englischen Begriff zurück.

Zustand. Der Prozess hat keine klaren Grenzen, kein konkretes Ziel und auch keine vorgegebenen Bestandteile, denn jede minorisierte Gruppe definiert selbst das eigene Identitätsverständnis, die eigenen Erfahrungen, die eigene Positionierung, die eigenen Interessen, Bedürfnisse, Visionen, Forderungen und Strategien und trifft entsprechende Entscheidungen. In dem Moment, wenn eine Gruppe gestärkt ist und mehr Macht hat, hat sie auch ein anderes Selbstverständnis und andere Bedürfnisse.

Auch auf der Handlungsebene gibt es keine Anleitung für Empowerment, d. h. dafür, wie welche Ressourcen wahrgenommen, ausgebaut und angeeignet werden können. Oft geht es darum, sich mit der eigenen Verinnerlichung von und Erfahrungen mit Unterdrückungsverhältnissen auseinanderzusetzen, sich die Definitionsmacht über die eigene Lebensrealität und die eigenen Bedürfnisse anzueignen, neue Formen der Kommunikation, Partizipation und Selbstorganisation auszubauen und in Kontakt mit der eigenen Kraft zu kommen, sie zu fördern und im Sinne der Emanzipation und der Änderung gesellschaftlicher Strukturen einzusetzen. Ein mehrdimensionaler Ansatz ist grundsätzlich notwendig.⁴

Gruppe – Individuen – Strukturen

Empowerment betrifft Gruppen, denn es bezieht sich auf die Emanzipation aus Unterdrückungsverhältnissen und damit einhergehend auf die Änderung dieser.⁵ Marginalisierung und Unterdrückung beziehen sich nicht auf Individuen, sondern auf die systematische Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten bestimmter sozialer Gruppen; diese wird allerdings individuell erlebt, wenn eine Person einer oder mehreren minorisierten Gruppen zugehört bzw. ihr eine Zugehörigkeit zugeschrieben wird.

In der Frauenbewegung der 70er Jahre galt „consciousness raising“-Gruppenarbeit als wesentliche Aktionsform des Empowerments und als inhärent politisch. Durch die gemeinsame Auseinandersetzung von Mitgliedern einer minorisierten Gruppe (in dem Fall Frauen) wurde ein Bewusstsein für das Verhältnis zwischen dem Persönlichen und Politischen und ein gemeinsames Selbstverständnis als Frauen entwickelt und neue politische Aktionsformen und neue Formen sozialer Praxis entstanden.

Das Verhältnis von Individuum und Gruppe ist eins der wesentlichen Spannungsmomente im Empowermentbegriff. Eine individualisierte Auslegung ist zunehmend

verbreitet, d. h. die Fokussierung auf die Stärkung nur einer Person, wobei gesellschaftliche Strukturen ausgeblendet werden. Auch wenn z. B. Individuen durch Bildung ‚empowered‘ werden, stoßen sie oft an harte Grenzen der sozialen Mobilität, d. h. die erlangten Kompetenzen und/oder Qualifikationen haben nur bedingte Auswirkung auf ihre soziale, politische und ökonomische Position, bzw. auf ihren Zugang zu Macht und damit Handlungsspielräumen.⁶ Ein Scheitern an der Realität ‚trotz‘ Kompetenzerweiterung o. ä. kann unter Umständen als ein individuelles Scheitern erlebt werden, und somit werden gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht nur verschleiert, sondern gar gestützt. Auch wenn einzelne Mitglieder minorisierter Gruppen in der Öffentlichkeit gefeiert werden, wie z. B. Caitlyn Jenner als Transfrau, und dadurch manche Mitglieder dieser Gruppe sich gestärkt fühlen, birgt die Reduzierung von Empowerment auf Erfolgsgeschichten einzelner Mitglieder die Gefahr, Machtverhältnisse zu reproduzieren, denn die weiterhin erlebte Diskriminierung wird zum persönlichen Problem undefiniert. Im Extremfall verkommt Empowerment zur neoliberalen Verkaufsstrategie, in der Personen ohne Macht von Personen mit Macht inspiriert werden und gegen Bezahlung von ihnen Wege aufgezeigt bekommen, wie auch sie ein Teil der Dominanzkultur werden können (und dabei vielleicht sogar als Kund*innen ausgebeutet werden). Empowerment wird jedenfalls zu einem Geschäft, ohne jeglichen Anspruch an eine Änderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit. Auch in der politischen Bildungsarbeit stellt sich die (selbst-)kritische Frage, inwiefern Teilnehmende lernen sollen, sich in einer bestimmten Weise in ein bestehendes System zu integrieren.

Machtlosigkeit – Macht – Macht teilen

Ein weiteres Spannungsmoment liegt in der implizierten Dichotomie zwischen Machtlosigkeit und Macht. In der Frauenbewegung der 70er Jahre galt Empowerment als Mobilisierung von „Frauenpower“ auf der Grundlage einer kollektiven Selbstdefinition, einer „Sisterhood“. Frauen taten sich zusammen, um sich und andere Frauen – also andere Mitglieder der eigenen ‚machtlosen‘ Gruppe – selbst aus Unterdrückungsstrukturen zu befreien.

Manchmal wird Empowerment als transitives Verb verwendet, d. h. als eine Handlung mit Akkusativobjekt, als etwas das aus der Machtposition heraus minorisierten Menschen ‚angetan‘ wird, z. B. „Ich empowere meine Klient_innen“. Somit verkommt der Begriff schnell zu einem vom ursprünglichen Sinn entleerten Synonym für Hilfe oder Unterstützung für „andere“. Das mag oft positiv sein, ist jedoch kein Empowerment nach der hier vorgestellten Definition, denn der Aspekt der Selbstbestimmung und der Selbstbefreiung verschwindet.

4 Siehe auch Rosenstreich, Gabriele (2009)

5 Unterdrückung meint institutionalisierte Prozesse, die Menschen davon abhalten, mit anderen kommunizieren zu können, zu lernen, und ihre Fähigkeiten in sozial anerkannte Abläufe einzubringen. Vgl. Young, Iris Marion (1990).

6 Vgl. Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999).

Diejenigen, die die Macht haben, die bereits über Ressourcen verfügen und sogar über den Zugang zu Ressourcen bestimmen können, brauchen kein Empowerment im Sinne dieses Konzeptes, und können auch andere nicht ‚empowern‘. Sie können sich ansatzweise entscheiden, nicht selber direkt zu diskriminieren sowie Unterdrückungsstrukturen nicht mitzutragen, sie können gegen Diskriminierung eintreten. Und sie können einen direkten, solidarischen Beitrag zu Empowerment leisten, aus der Position der relativ Privilegierten heraus, in dem sie ihre Macht mit minorisierten Gruppen teilen.

Den Begriff „Powersharing“ habe ich 2004 in Deutschland eingeführt⁷, als Reaktion auf das, was ich im Kontext deutscher feministischer Praxis als verbreitetes Abstreiten der eigenen Macht bzw. des eigenen Machtpotentials wahrgenommen hatte. ‚Powersharing‘ ist vor allem ein Appell, die eigene Macht anzuerkennen und sie „für Gutes“ zu nutzen, indem sie mit anderen geteilt wird, die weniger Macht haben, so dass sich diese selbst empowern können, und zwar auf der Grundlage ihrer eigenen Selbstdefinition und ihrer selbstbestimmten Bedürfnisse und Prioritäten. Powersharing bezeichnet das Zurverfügungstellen von Ressourcen für das Empowerment von minorisierten Gruppen, ohne über deren Verwendung zu bestimmen. Solche Ressourcen können Zeit, Raum, Geld, materielle Ressourcen oder auch immaterielle Ressourcen wie Öffentlichkeit, Status oder Kompetenzen sein. Dies geschieht auf der Grundlage von Solidarität und nicht auf Grundlage von Vereinnahmung.

Genauso wenig wie bei Empowerment ist es möglich, eine Anleitung für Powersharing aufzustellen. Voraussetzungen sind einerseits aktives Zuhören, um die selbstdefinierten Interessen der Gruppe zu erkennen und andererseits die Bewusstmachung der eigenen Privilegien und Ressourcen. Wenn Ressourcen dann geteilt werden, ist es notwendig zu reflektieren, wer die Kontrolle über sie haben wird, wer die Entscheidungsmacht innehaben wird. Eine grundlegende Herausforderung von Powersharing besteht darin, aus einer reflektierten Machtposition heraus auszuhalten, dass Menschen andere Interessen haben und andere Entscheidungen treffen, als das, was von einem selbst als richtig empfunden wird und die Unterstützung ihrer Anliegen nicht davon abhängig zu machen.

Die beiden Begriffe sind also komplementär: Empowerment – aus der Position einer relativen Machtlosigkeit – und Powersharing – aus der privilegierten Position heraus.

7 Im Vortrag „Empowerment zwischen Queer-Sein und MigrantIn-Sein“ auf der Fachtagung „Mehrfachzugehörigkeit als Bürde oder Chance?“, veranstaltet in Berlin vom Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg, GLadT und LesMigraS. Den Begriff Powersharing hatte ich im Kontext feministischer Praxis in der autonomen Frauenhausbewegung der 80er Jahre in Aotearoa Neuseeland kennengelernt.

Intersektionalität

Aus intersektionaler Perspektive wird ein Spannungsverhältnis deutlich, denn ein dichotomes Verständnis von Macht und somit von Empowerment entspricht nicht der Komplexität von mehrdimensionalen Zugehörigkeiten und ineinandergreifenden Unterdrückungsachsen, welche die jeweilige Gesellschaft strukturieren.⁸ Kein Mensch ist pauschal entweder machtvoll oder machtlos, denn alle Menschen sind gleichzeitig einer Vielzahl und Vielfalt von Gruppen zugehörig und verfügen somit kontextabhängig über mehr oder weniger Machtzugang und Handlungsspielräume. Die jeweiligen Positionen auf Machtachsen sind veränderbar durch eine Ausweitung von Machtzugang und damit von Handlungsspielräumen – diese Annahme liegt jeglichem Empowermentansatz zugrunde. Es ist ebenfalls möglich, individuelle Macht zu haben, aber einer minorisierten Gruppe anzugehören, d. h. strukturell in einer Minderheitenposition zu sein. Beispielsweise haben manche Frauen, die Empowerment hinsichtlich Sexismus anstreben, Zugang zu bestimmten sozialen und materiellen Ressourcen aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit, die sie dann wiederum mit Menschen, die hinsichtlich ihrer (zugeschriebenen) Klasse minorisiert werden, teilen können. Powersharing kann somit auch innerhalb von Frauenzusammenhängen stattfinden, wenn die Machtunterschiede auch unter Frauen anerkannt und ernstgenommen werden. Somit lässt sich mein Begriff des Powersharings mehrdimensional denken und bezieht sich sowohl auf soziale Gruppen, die ein relatives Mehr an Macht gegenüber einer anderen Gruppe haben, z. B. die heterosexuelle Mehrheit (auch innerhalb einer Migrant*innengruppe), als auch auf Individuen innerhalb minorisierter Gruppen, z. B. eine Transfrau, die über finanzielle Ressourcen verfügt.

In dem Mit- und Nebeneinander von Zugehörigkeiten, Zuschreibungen, Machtzugängen und Diskriminierungserfahrungen entwickeln Menschen verschiedene Lebensentwürfe, Selbstdefinitionen und Prioritäten, welche sich mit Zeit und Ort ändern. Eine Bezugnahme auf einzelne Gruppenzugehörigkeiten birgt immer auch die Gefahr der Essentialisierung, welche Unterdrückungsstrukturen reproduzieren kann. Bei der Entwicklung von Empowermentansätzen ist es hilfreich, (selbst-)kritisch zu hinterfragen wer in der Gruppe ist, um die es jeweils geht. Dies dient der Aufdeckung komplexer Machtverhältnisse und somit sowohl der Identifizierung von möglichen Ressourcen, die geteilt werden können, als auch der Erarbeitung einer Selbstdefinition und Selbstbestimmung, die ja die Grundlage von Empowerment bildet.

Diese Komplexität in Handlung umzusetzen, ohne in die Falle einer Relativierung realer Machtungleichheiten hin-

8 Eine gute Einführung in das Konzept Intersektionalität bietet Hill Collins, Patricia/Bilge, Sirma (2016). Siehe auch Rosenstreich, Gabriele (2007).

einzu geraten, stellt eine der Hauptherausforderungen für eine gerechte soziale Praxis dar: Unterdrückungsachsen und -formen sind nicht beliebig gleichzusetzen. Es bestehen erhebliche Unterschiede im Ausmaß wie auch in der Qualität individueller und struktureller Diskriminierung unterschiedlicher sozialer Gruppen – und auch, wenn wir einzelne Gruppenzugehörigkeiten als Wesensmerkmal ablehnen⁹, ist doch ihre Relevanz nicht zu verleugnen.

Es geht darum, dass Menschen den Raum haben und sich auch nehmen, sich einerseits mit der eigenen Machtlosigkeit auseinanderzusetzen und sich zu empowern, auf der Grundlage der Selbstdefinition und Selbstbestimmung, und sich andererseits mit dem vorhandenen Machtzugang auseinanderzusetzen und diese Macht mit minorisierten Menschen solidarisch zu teilen.¹⁰ ■

Autorin

Gabi Rosenstreich arbeitet freiberuflich in der politischen Bildungsarbeit und Organisationsentwicklung in den Themenbereichen Diversity, Antidiskriminierung und Empowerment.

Literatur

- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999): *Intellektuelle Migrantinnen. Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung*, VS Verlag
- Hill Collins, Patricia/Bilge, Sirma (2016): *Intersectionality*. Polity Press
- Rosenstreich, Gabriele (2011): *Antidiskriminierung und/als/ trotz... Diversity Training*. In: Castro Varela M. u. N. Dhawan (Hg.): *Soziale (Un)Gerechtigkeit. Kritische Perspektiven auf Diversity, Intersektionalität und Antidiskriminierung*. LIT Verlag
- Rosenstreich, Gabriele (2009): *Empowerment in der politischen Bildungsarbeit mit MigrantInnen*. In: Lange, D. u. A. Polat (Hg.): *Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Wirklichkeit*. Bundeszentrale für politische Bildung
- Rosenstreich, Gabriele (2007): *The Mathematics of Diversity Training: Multiplying Identities, Adding Categories and Intersecting Discrimination*. In: Broden, A. u. P. Mecheril (Hg.): *Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft*. Düsseldorf: IDA-NRW
- Rosenstreich, Gabriele (2006): *Von Macht, Zugehörigkeiten und Zwischenräumen: Empowerment und Powersharing in interkulturellen und Diversity Workshops*. In: Elverich, G., Kalpaka, A. u. K. Reindlmeier (Hg.): *Spurensicherung - Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft*. IKO Verlag
- Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.) (2003): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster: Unrast Verlag
- Young, Iris Marion (1990): *Justice and the Politics of Difference*. Princeton University Press

9 vgl. Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.) (2003)

10 Eine detailliertere Diskussion der Frage von Empowerment hinsichtlich Gruppenzugehörigkeit und Identitätspolitik und insbesondere Implikationen und Handlungsmöglichkeiten für die Bildungsarbeit habe ich an anderer Stelle ausgeführt: u.a. Rosenstreich, G. (2011) und (2006).

Jüdisch-muslimische Allianzen in Deutschland und Europa am Beispiel der Salaam-Schalom Initiative

// Armin Langer

Neukölln ist eine No-go-Area für Juden“, hieß es 2013 in den Statements von Daniel Alter, damaliger Antisemitismus-Beauftragter der jüdischen Gemeinde zu Berlin. Gegenden mit einer höheren Anzahl dort lebender Muslim*innen, wie der Berliner Bezirk Neukölln, seien gefährlich für Jüd*innen, lautete die These¹. Aussagen, die ein Bild einer angeblichen jüdisch-muslimischen Feindschaft schüren, sind seitdem Teil unseres Alltags geworden: Sie entsprechen allerdings nicht der Realität der Neuköllner Jüd*innen. Wir haben zwei Probleme mit der Darstellung von Muslim*innen und Jüd*innen als Feinde. Erstens widerspricht es unseren eigenen Erfahrungen. Neukölln ist nicht nur unter muslimischen Migrant*innen beliebt, sondern auch unter jüdischen Zuwanderern: Hunderte von Israelis laufen auf den Straßen Neuköllns herum. Sie sprechen Hebräisch, einige haben eine Mezuzah in der Sonnenallee angebracht, andere tragen Kippot. Natürlich gibt es Antisemitismus in Neukölln – der Antisemitismus ist aber kein Neuköllner Phänomen und macht unser Leben in Neukölln nicht unmöglich. Die Darstellung der Neuköllner als die Träger des Antisemitismus löst auch das Problem des realen Antisemitismus in Neukölln nicht. Drama hilft nie, nur Sachlichkeit.

Es gibt aber auch ein weiteres Problem mit der Bezeichnung Neuköllns als No-go-Area für Jüd*innen: Sie stigmatisiert unsere muslimischen und vor allem unsere arabisch- und türkischstämmigen Nachbarn. Wir wollen Stigmatisierungen, die zu Misstrauen und Spannungen führen, auflösen, bevor sie uns und anderen tatsächlich gefährlich werden. Mehr als 95 Prozent aller antisemitischen Straf- und Gewalttaten werden von Rechtsextremisten begangen, von Deutschen ohne Migrationshintergrund. Viele Mainstream-Medien in Deutschland nahmen dennoch die These des „importierten Antisemitismus“ gerne auf, um gegen „die Anderen“, gegen Muslim*innen und Migrant*innen in Neukölln anzuschreiben. Antimuslimische, antimigrantische Ressentiments verkaufen sich besonders gut, wenn Muslim*innen gegensätzlich zu Jüd*innen dargestellt werden. Wir wollten die Andersmacherei stoppen und riefen eine Bürgerinitiative ins Leben.

1 vgl. Bax, D. (2015): *Angst ums Abendland. Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten*. Westend, S. 20

Die Initiative Salaam-Schalom wurde im November 2013 von Neuköllnern, Muslim*innen sowie Jüd*innen und anderen errichtet als Reaktion auf die öffentlichen Stimmen, die eine angebliche Feindschaft zwischen uns betonen. Der Name „Salaam-Schalom“ setzt ein Zeichen dafür, dass das Zusammenleben auf einer alltäglichen Ebene schon besteht. Man muss die Gemeinsamkeiten nur entdecken und eigene Vorurteile abbauen. Unter dem Motto „Muslime und Juden sind keine Feinde“ veranstalten wir seit 2014 zahlreiche offene Gesprächsrunden, Workshops, Flashmobs, Filmaufführungen, Partys in Gemeindezentren, in Synagogen, in Moscheen, manchmal auch in Wohnungen oder in Parks – hunderte kamen bis jetzt zu unseren Veranstaltungen. Wir organisierten mehrere Kampagnen in den sozialen Medien. Auf Facebook erreichen wir so zehntausende User. Diese Begegnungen wurden immer von Überraschungen begleitet. Denn „die natürliche Feindschaft zwischen Juden und Muslimen“ wird uns fast täglich durch die Mainstream-Narrative erklärt. Durch persönliche Begegnungen werden diese künstlichen Mauern abgebaut. Dabei liegt uns besonders am Herzen, ein Zusammengehörigkeitsgefühl, eine Verbundenheit mit unserer Nachbarschaft und Stadt zu vermitteln – das vermittelten wir auch mit unserer Aktion im Sommer 2014 zur Zeit des Gaza-Konfliktes.

Im Sommer 2014, als die israelische Luftwaffe Vergeltungsangriffe gegen Gaza flog und als die Hamas erneut die Bevölkerung von Süd-Israel mit Raketen bedrohte, stellte mir die zielbewusste Volontärin einer prestigeträchtigen deutschen Tageszeitung die ewige Frage: „Wie könnt ihr trotz alledem gemeinsam arbeiten?“ Sie trug einen roten Hosenanzug und hielt einen roten Kugelschreiber in der Hand, vor ihr auf dem Tisch lag ein rotes Notizbuch. „Nein, es betrifft uns als Gruppe nicht“, sagte ich. Ich erklärte ihr, dass wir sowohl zionistische als auch post- und antizionistische Jüd*innen unter uns haben, dass der wahrscheinlich größte Israel-Fan in der Gruppe eigentlich ein marokkanischer Muslim sei. Unsere Beziehung zum Staat Israel und zu Palästina, beziehungsweise deren Kriegspolitik, sei keinesfalls eine Frage von ethnischer Herkunft oder Religion. Es ist allein eine Frage von politischer Einstellung.

Wir organisieren aber keine Veranstaltungen zu dem Thema: Wir sind eine lokale Initiative. Bei uns geht es allein um Gerechtigkeit und Frieden in Deutschland: Das Thema ist schon groß genug. Wenn es keine Ungerechtigkeiten mehr hierzulande gibt, können wir anfangen, uns mit den Ungerechtigkeiten zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer auseinanderzusetzen. Statt für Frieden in Israel-Palästina zu demonstrieren, wollten wir gemeinsam die antisemitischen Vorfälle bei den pro-palästinensischen Demos im Sommer 2014 und die antimuslimische Hetze, die in der Öffentlichkeit darauf folgte, verurteilen. Vielerorts wurde die These wieder ausgegraben, Antisemitismus sei etwas, das mit den arabischen Migrant*innen importiert worden sei – unvorstellbar, dass so etwas

in Deutschland gesagt wird. In diesem Sinne lud die Salaam-Schalom-Initiative zu einem Flashmob gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus in Deutschland unter dem Titel „Wir sind keine Feinde – Stoppt die Hetze!“ ein. Ich hatte das talmudische Prinzip im Kopf: „Schtika k' hooda – Stille ist wie Zustimmung“ (Jebamot 88a). Wir waren alles andere als still.

Am Nachmittag des 31. Juli 2014 am Alfred-Scholz-Platz, unweit vom Rathaus Neukölln, versammelten sich siebzig Aktivist*innen unserer Gruppe, um eine Menschenkette in der Mitte eines palästinensischen Straßenfestes zu bilden: Hauptsächlich Muslim*innen türkischer und arabischer Herkunft und Jüd*innen aus Israel, den USA und Deutschland gaben sich die Hand. Es ging dabei nicht um den Frieden in Nahost. Um dies klarzustellen, verteilten wir an die Fußgänger*innen und die Zuschauer des Straßenfestes Flyer. Wir sagten „Nein“ zum gewollten, konstruierten und medialisierten Import von Konflikten. Die Polizist*innen, die im Einsatz waren, schauten etwas verwundert, als alles friedlich blieb und dass sich viele Besucher des arabischen Straßenfestes spontan in unsere Menschenkette für den Frieden in Deutschland einreihen. Die Mitglieder der Salaam-Schalom-Initiative waren nicht überrascht, dass sich so viele Menschen auf der Karl-Marx-Straße unserem Flashmob anschlossen. Muslim*innen, Jüd*innen, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten werden in Deutschland von der Mehrheit aufgrund ihres „Anderseins“ abgelehnt. Wir sind zwei Minderheiten in einem Land, die ähnliche Erfahrungen mit der tagtäglichem Ausgrenzung machen oder gemacht haben.

Wenn man einigen Äußerungen in der Öffentlichkeit folgt, scheint es so, als ob man nicht gleichzeitig deutsch und jüdisch bzw. deutsch und muslimisch sein könnte. Rassismus in Deutschland ist viel mehr als nur Neonazis, die „Ausländer raus“ rufen. Unsere Zugehörigkeit zur Nation wird uns abgesprochen. Rassismus findet in vielen Szenen des Alltags statt. Im Jahr 2012 waren bereits 53 Prozent der nicht muslimischen Mehrheitsbevölkerung der Ansicht, der Islam sei „sehr“ oder „eher“ bedrohlich. Im Jahr 2015 waren es 57 Prozent der Deutschen, die so dachten. Noch mehr Menschen glauben, „der Islam passe nicht in die westliche Welt“: innerhalb von drei Jahren stieg die Zahl von 52 auf 61 Prozent.² Laut dem Antisemitismusbericht des Bundestages aus dem Jahr 2017 pflegt ein Fünftel der deutschen Bevölkerung offen antisemitische Vorurteile: 40 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass „die Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute einen Vorteil zu ziehen“ und 13 Prozent denken, dass „die Juden durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung mitschuldig sind“.³

2 Bertelsmannstiftung (2015): Religionsmonitor – Sonderauswertung Islam, S. 3

3 Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode (2011): Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, S. 53

Als Bewohner*innen derselben Stadt, die manchmal sogar in der gleichen Nachbarschaft leben und arbeiten, und sich in den gleichen öffentlichen Institutionen und Einrichtungen treffen, sind wir innerhalb eines gemeinsamen politischen und sozialen Rahmens miteinander verbunden. Ohne die Selbstverständnisse und Praktiken der einzelnen Mitglieder „vereinheitlichen“ zu wollen, will die Salaam-Schalom-Initiative den Zusammenhalt zwischen den Menschen herstellen. Ein Bündnis zwischen Muslim*innenn und Jüd*innen liegt in unserem Interesse, wie es sich zum Beispiel während der Beschneidungsdebatte im Jahr 2012 auch zeigte. Muslim*innen und Jüd*innen weigern sich, Feinde zu sein.

„Es ist nicht an dir, die Arbeit zu vollenden, aber du bist auch nicht frei, dich von ihr loszusagen“, lehrt die Mischna, ein rabbinisches Werk aus der Antike. Am Anfang war unsere Gruppe ein Freundeskreis von vier Personen - in anderthalb Jahren sind wir zu einer Gruppe mit mehr als 150 Aktivist*innen gewachsen, mit Ablegern in Kopenhagen (*2015), Hamburg (*2016), Barcelona (*2016), Budapest (*2016) und weiteren Städten.⁴ Auch in diesen Monaten sind engagierte Jüd*innen, Muslim*innen und Verbündete im Ruhrgebiet und in Zürich dabei, Ableger in ihren jeweiligen Regionen zu gründen. Die Arbeit fängt erst an. ■

4 Lindemann, T. (2016): Keine Angst, hier gibt's auch Deutsche! Unser neues Leben im Problemkiez. Berlin Verlag, S. 173.

Autor

Ármin Langer, M.A. (*1990) studierte Philosophie und jüdische Theologie in Budapest, Jerusalem und Potsdam. Er ist freier Autor, schreibt u. a. für DIE ZEIT, ZEIT Online, SPIEGEL Online und die Deutsche Welle. Sein erstes Buch „Ein Jude in Neukölln - Mein Weg zum Miteinander der Religionen“ erschien 2016 beim Aufbau Verlag.

Literatur

Bax, Daniel (2015): Angst ums Abendland. Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten. Westend

Bertelsmannstiftung (2015): Religionsmonitor – Sonderauswertung Islam

Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode (2011): Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Langer, Armin (2016): Die Salaam-Schalom-Initiative: Ein Bündnis von Juden und Muslimen. In: Riemer, N.; Sanci, K. u. M. Szulc (Hg.): PaRDeS. Zeitschrift der Vereinigung für Jüdische Studien e. V., 22 (Muslimisch-Jüdischer Dialog), S. 195-198

Lindemann, Thomas (2016): Keine Angst, hier gibt's auch Deutsche! Unser neues Leben im Problemkiez. Berlin Verlag

LITERATUR UND MATERIALIEN

... zum Thema Rechtsextremismus

Allolio-Näcke, Lars/Brunner, Markus/Hametner, Katharina/Mattes, Peter/Ruck, Nora/Uhlhig, Tom (Hg.): Psychologie & Gesellschaftskritik. Themenschwerpunkt: Neue Rechte, 41. Jg., Nr. 163/164, Heft 3/4-2017, Lengerich: Pabst Science Publishers, 2017

Altemöller, Fabian: Die spanische extreme Rechte zwischen Metapolitik und Politik. Eine Analyse der Situierung der Nueva Derecha und der Adaption der Nouvelle Droite (Politische Theorie und Kultur, Bd. 6), Berlin: LIT, 2017

Betzler, Agnes/Degen, Katrin: Täterin sein und Opfer werden? Extrem rechte Frauen und häusliche Gewalt (Substanz), Hamburg: Marta Press, 2016

Echter Verlag (Hg.): Christliches in der AfD, Würzburg: Echter, 2018

Farin, Klaus (Hg.): Unsere Antwort. Die AfD und wir. Schriftsteller*innen und der Rechtspopulismus, Berlin: Hirnkost, 2018

Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine: AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2018

Häusler, Alexander (Hg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg: VSA, 2018

Köbberling, Gesa: Beratung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt. Herausforderungen Sozialer Arbeit zwischen individueller Hilfe und politischer Intervention (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2018

Metz, Markus/Seeßlen, Georg: Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels (Politik aktuell, Bd. 6), Berlin: Bertz + Fischer, 2018

Röpke, Andrea: 2018 Jahrbuch rechte Gewalt. Chronik des Hasses. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2017, München: Knauer Taschenbuch, 2018

Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze (Studienkurs Politikwissenschaft), Baden-Baden: Nomos, 3. überarbeitete und erweiterte Aufl., 2018

Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg: VSA, 2018

Schellhöh, Jennifer/Reichert, Jo/Heins, Volker M./Flender, Armin (Hg.): Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), Bielefeld: transcript, 2018

Sigl, Johanna: Biografische Wandlungen ehemals organisierter Rechtsextremer. Eine biografieanalytische und geschlechterreflektierende Untersuchung (Edition Rechtsextremismus), Wiesbaden: Springer, 2018

Tobo Tobo, Diana Carolina: Der Umgang mit rechtsextremistischen Parteien in Volksvertretungen. Eine vergleichende Analyse am Beispiel der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der British National Party (BNP) (Politische Parteien in Europa, Bd. 8), Berlin: LIT, 2017

von der Behrens, Antonia (Hg.): Kein Schlusswort. Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk. Plädoyers im NSU-Prozess, Hamburg: VSA, 2018

Weinert, Frederik: Die Sprache der Rechten. Wie wir täglich manipuliert werden, Baden-Baden: Tectum, 2018

Wodak, Ruth: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse, Wien/Hamburg: Edition Konturen, 2016

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Aigner, Heidrun/Kumnig, Sarah (Hg.): Stadt für Alle! Analysen und Aneignungen (kritik & utopie), Wien: mandelbaum, 2018

Altman, Dennis/Symons, Jonathan: Queer Wars. Erfolge und Bedrohungen einer globalen Bewegung. Aus dem Englischen von Hans Freundl, Berlin: Wagenbach, 2017

Backhouse, Maria/Kalmring, Stefan/Nowack, Andreas (Hg.): In Hörweite von Stuart Hall. Gesellschaftskritik ohne Gewähr (Argument Sonderband Neue Folge AS 317), Hamburg: Argument, 2018

Badiou, Alain/Bourdieu, Pierre/Butler, Judith/Didi-Huberman, Georges/Khiari, Sadri/Rancière, Jacques: Was ist ein Volk? Aus dem Französischen und Amerikanischen von Richard Steurer-Boulard (LAIKAtheorie, Bd. 71), Hamburg: LAIKA 2017

Bayramoğlu, Yener: Queere (Un-)Sichtbarkeiten. Die Geschichte der queeren Repräsentationen in der türkischen und deutschen Boulevardpresse (Critical Studies in Media and Communication, Bd. 21), Bielefeld: transcript, 2018

Bojadžijev, Manuela/Klingan, Katrin (Hg.): Balibar/Wallerstein's Race, Nation, Class. Rereading a Dialogue for Our Times, Hamburg: Argument/Haus der Kulturen der Welt, 2018

Butter, Michael: „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien (edition suhrkamp Sonderdruck), Berlin: Suhrkamp, 2018

Coates, Ta-Nehisi: We were eight years in power. Eine amerikanische Tragödie. Aus dem Englischen von Britt So-mann-Jung, München: Hanser Berlin, 2018

Eckardt, Frank (Hg.): Ungeliebte Nachbarn. Anti-Asyl-Proteste in Thüringen (Urban Studies), Bielefeld: transcript, 2018

Fröb, Christoph: Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Arbeitsrecht (Juridicum - Schriften zum Arbeitsrecht), Wiesbaden: Springer VS, 2018

Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Inklusion. Wege in die Teilhabegesellschaft, Frankfurt/New York: Campus, 2015

Herriger, Norbert: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung, Stuttgart: W. Kohlhammer, 5. erweiterte und aktualisierte Aufl., 2014

Hund, Wulf D.: Wie die Deutschen weiß wurden. Kleine (Heimat)Geschichte des Rassismus, Stuttgart: J. B. Metzler, 2017

Kazim, Hasnain: Post von Karlheinz. Wütende Mails von richtigen Deutschen - und was ich ihnen antworte, München: Penguin, 2018

Khan-Cullors, Patrisse/Bandele, Asha: #BlackLivesMatter. Eine Geschichte vom Überleben. Aus dem amerikanischen Englisch von Henriette Zeltner, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2018

Milbradt, Björn: Über autoritäre Haltungen in ‚postfaktischen‘ Zeiten, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 2018 R

Möhle, Heiko (Hg.): Branntwein, Bibeln und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika. Eine Spurensuche, Hamburg: Assoziation A, 5. Aufl., 2017

Omar, Sami: Sami und die liebe Heimat. Sami and the Beloved Homeland. 18 Artikel gegen Gleichgültigkeit und Rassismus. 18 Articles against Indifference and Racism. (Bilingual Edition. English Translation by Milena Rampoldi, ProMosaik), Berlin: Epubli 2018

Ranan, David: Muslimischer Antisemitismus. Eine Gefahr für den Frieden in Deutschland? Bonn: Dietz, 2018

Schaeffer, Ute: Fake statt Fakt. Wie Populisten, Bots und Trolle unsere Demokratie angreifen, München: dtv, 2018

Schriever, Carla: Der Andere als Herausforderung. Konzeptionen einer neuen Verantwortungsethik bei Lévinas und Butler (Edition Moderne Postmoderne), Bielefeld: transcript, 2018

Schultz, Eberhard: Feindbild Islam und institutioneller Rassismus. Menschenrechtsarbeit in Zeiten von Migration und Anti-Terrorismus, Hamburg: VSA, 2018

Schütze, Anja/Maedler, Jens (Hg.): weiße Flecken. Diskurse und Gedanken über Diskriminierung, Diversität und Inklusion in der Kulturellen Bildung (Kulturelle Bildung, Bd. 63), München: kopaed, 2017

Sielert, Uwe/Marburger, Helga/Griese, Christiane (Hg.): Sexualität und Gender im Einwanderungsland. Öffentliche und zivilgesellschaftliche Aufgaben - ein Lehr- und Praxishandbuch, Berlin/Boston: de Gruyter Oldenbourg, 2017

Sow, Noah: Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus, Norderstedt: BoD - Books on Demand, aktualisierte Ausgabe zum zehnjährigen Jubiläum, 2018

Weber, Klaus: Resonanzverhältnisse. Zur Faschisierung Deutschlands. Politisches Tagebuch, Hamburg: Argument, 2018

... zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Bernbeck, Reinhard: Materielle Spuren des nationalsozialistischen Terrors. Zu einer Archäologie der Zeitgeschichte (Histoire, Bd. 115), Bielefeld: transcript, 2018

Menasse, Eva: Der Holocaust vor Gericht. Der Prozess um David Irving, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2017

van Laak, Dirk/Rose, Dirk (Hg.): Schreibtischtäter. Begriff - Geschichte - Typologie, Göttingen: Wallstein, 2018

Weisz, Zoni: Der vergessene Holocaust. Mein Leben als Sinto, Unternehmer und Überlebender. Aus dem Niederländischen von Bärbel Jänicke, München: dtv, 2018

... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Amir-Moazami, Schirin (Hg.): Der inspizierte Muslim. Zur Politisierung der Islamforschung in Europa (Globaler lokaler Islam), Bielefeld: transcript, 2018

Blume, Michael: Islam in der Krise. Eine Weltreligion zwischen Radikalisierung und stillem Rückzug, Ostfildern: Patmos, 3. Aufl., 2017

Bracker, Philip: Die Entstehung ethnischer Identität bei ‚Menschen mit türkischem Migrationshintergrund‘ (Mehrsprachigkeit, Bd. 44), Münster/New York: Waxmann, 2017

Breitenbach, Eva/Rieske, Thomas Viola/Toppe, Sabine (Hg.): Migration, Geschlecht und Religion. Praktiken der Differenzierung (Schriftenreihe der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), Bd. 6), Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 2018

Bußmann, Claudia/Bertels, Ursula (Hg.): Neue Nachbarn - die Welt in Bewegung. Flucht und Migration aus unterschiedlichen Perspektiven (Gegenbilder, Bd. 9), Münster/New York: Waxmann, 2018

Charim, Isolde: Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert, Wien: Zsolnay, 2. Aufl., 2018 R

Goetze, Dominik: Bunt kicken. Fußball als Chance zu gesellschaftlicher Teilhabe von Geflüchteten, Berlin: Aphorism A, 2017

Hamdo, Faisal: Fern von Aleppo. Wie ich als Syrer in Deutsch-

land lebe. In Zusammenarbeit mit Elena Pirin, Hamburg: Edition Körber, 2018

Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon, (Hg.): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III, Berlin/Hamburg: Assoziation A, 2. korrigierte Aufl., 2017

Kasperek, Bernd: Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration. Eine kritische Einführung (Kritische Einführungen, Bd. 1), Berlin: Bertz + Fischer, 2017

Pott, Andreas /Rass, Christoph/Wolff, Frank (Hg.): Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime? (Migrationsgesellschaften), Wiesbaden: Springer VS, 2018

Prinzing, Marlis/Köberer, Nina/Schröder, Michael (Hg.): Migration, Integration, Inklusion. Medienethische Herausforderungen und Potenziale für die digitale Mediengesellschaft (Kommunikations- und Medienethik, Bd. 8), Baden-Baden: Nomos 2018

Wilcke, Holger: Illegal und unsichtbar? Papierlose Migrant*innen als politische Subjekte (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2018

Zajak, Sabrina/Gottschalk, Ines (Hg.): Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld. Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete (Migration & Integration, Bd. 6), Baden-Baden: Nomos, 2018

... zum Thema Migrationspädagogik

Große, Anton: Vom Umgang mit Migration und Ungleichheit in der Institution Schule. Fallstudie zu einer Schule mit einem hohen Anteil von Aussiedlerschülern, (Internationale Hochschulschriften, Bd. 618), Münster/New York: Waxmann, 2015

Hamburger, Franz: Abschied von der Interkulturellen Pädagogik. Plädoyer für einen Wandel sozialpädagogischer Konzepte (Edition Soziale Arbeit), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 3. durchgesehene, erweiterte Aufl., 2018

Kleefeldt, Esther: Resilienz, Empowerment und Selbstorganisation geflüchteter Menschen. Stärkenorientierte Ansätze und professionelle Unterstützung (Fluchtaspekte. Geflüchtete Menschen psychosozial unterstützen und be-

gleiten), Göttingen: V&R, 2018

Prasad, Nivedita (Hg.): Soziale Arbeit mit Geflüchteten. Rassismuskritisch, professionell, menschenrechtsorientiert (utb), Opladen/Toronto: Barbara Budrich, 2018

Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hg.): So schaffen wir das - eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. Bedingungen für die nachhaltige Projektarbeit mit Geflüchteten. Eine Bilanz (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2018

Yanik-Şenay, Aylin: Familienberatung in muslimischen Migrantenorganisationen. Zielgruppenspezifische Beratungsbedürfnisse und Konzeption (Research), Wiesbaden: Springer VS, 2018

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Antes, Wolfgang/Schiffers, Birgit: Durchblick: erkennen, lernen, selbst denken. Die Praktiken von weltanschaulichem Extremismus und von Psychokulten sichtbar machen. Ein Trainingsprogramm für Jugendliche (herausgegeben von der Jugendstiftung Baden-Württemberg), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2017

Geisler, Wolfgang: Anerkennung – Über den Umgang mit Menschen in der Schule. Mit einem Nachwort von Hilbert Meyer (debus Pädagogik), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau 2017

Hafeneger, Benno/Kanbıçak, Türkân/Wenzel, Mirjam: Extremismusprävention durch kulturelle Bildung. Das Projekt „AntiAnti – Museum Goes School“ an berufsbildenden Schulen (Wochenschau Geschichte), Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2018

INFOS

Save the date: IDA-NRW Fachtagung „Heimat.Identity.Nation. – Nationalismus in der Migrationsgesellschaft“

Termin: 10. Oktober 2018
Ort: Alte Feuerwache Köln

Nationalistische, rassistische und menschenverachtende Einstellungen sind problematische Erscheinungsformen, die sowohl bei Jugendlichen der Mehrheitsgesellschaft als auch bei minorisierten Jugendlichen verbreitet sind. Pädagog*innen und Fachkräfte der Jugendsozialarbeit sind häufig verunsichert, wie sie mit nationalistischen und rechten Einstellungen bei Jugendlichen of Color adäquat umgehen sollen.

Im Fokus der Fachtagung stehen Ideologien der Ungleichwertigkeit und völkisch-nationalistische Einstellungen sowohl aus Mehrheits- wie der Minderheitenperspektive, um Gemeinsamkeiten und Besonderheiten unterschiedlicher Phänomene in der Migrationsgesellschaft thematisieren zu können.

Welche Rolle spielen eigene Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen bei nationalistischen und rechten Einstellungen? Ist die Identitätsfrage zur Thematisierung von Nationalismus relevant und wann sollten Pädagog*innen diese unberücksichtigt lassen? Welche pädagogischen Ansätze gibt es, um Nationalismus, Rassismus und Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu thematisieren und angemessen zu bearbeiten? Diese und andere Fragen zu einem nationalismus- und rassistuskritischen Umgang in der pädagogischen Arbeit werden auf der praxisorientierten Fachtagung in Workshops thematisiert und bearbeitet.

Weitere Infos unter
<https://www.ida-nrw.de/veranstaltungen/>

Hintergrundwissen Rechtsextremismus – Neue Texte auf www.IDA-NRW.de

In der Rubrik Rechtsextremismus der IDA-NRW-Website geben neue Texte einen Überblick über rechtsextreme Erkennungszeichen und Symbolik und bieten aktuelle Informationen zu Musik, Mode sowie zum Geschlechter- und Rollenverständnis in der rechtsextremen Szene. Die ausführlichen Zusammenstellungen rechtsextremer Kennzeichen, Sprachcodes, und Kleidung sowie Texte zu RechtsRock, rechten Liedermachern, rechtem HipHop etc. stehen ab jetzt unter www.ida-nrw.de/themen/rechtsextremismus/ zum Download bereit.

Juristisches Gutachten belegt: Überprüfung von Demokratieprojekten ist verfassungsrechtlich bedenklich und nicht verhältnismäßig.

*Pressemitteilung des Bundesverbandes mobiler
Beratungen vom 14. Juni 2018*

„Die Sicherheitsüberprüfung von Demokratieprojekten durch Verfassungsschutzämter ist mit dem Verfassungsrecht nicht vereinbar. Zu diesem Ergebnis kommt ein von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen – u. a. Bundesverband Mobile Beratung e.V. (BMB), Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG), Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD) sowie von betroffenen Trägern aus Hessen, darunter die Bildungsstätte Anne Frank – in Auftrag gegebenes juristisches Gutachten. Die Verbände fordern, die Förderung von Vereinen und Initiativen nicht an geheimdienstlichen Informationen von Verfassungsschutzämtern festzumachen. Vielmehr sollen Bund und Länder die Förderung an die gemeinsam mit den Bundesländern vereinbarten Qualitätsstandards sowie der bei Antragstellung vorliegenden Konzepte, Anträge und Verwendungsnachweise knüpfen.“ Die vollständige Pressemitteilung findet sich unter <http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/>

TERMINE

Fachtag „Rassismus entgegentreten. Ein Argumentationstraining gegen rechte Hetze“

Termin: 13. - 14. Juli 2018

Ort: Düsseldorf

Infos: Heinrich Böll Stiftung NRW

Tel: 02 11 / 93 65 08 0

info@boell-nrw.de

<http://calendar.boell.de/de/event/rassismus-entgegentreten-0>

Fortbildung „#connect – Qualifizierungsreihe zur gender- und diversitätsreflektierten Arbeit im Kontext von Migration und Flucht“

Termin: 3. September - 5. November 2018

Ort: Essen & ortsunabhängige Online-Module

Infos: FUMA - Fachstelle Gender & Diversität NRW

Tel.: 02 01 / 18 50 88-16

sarah.navarro@gender-nrw.de

www.gender-nrw.de/digitale-lernwelten/connect-qualifizierungsreihe/

Seminar „Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung – Ein Handlungsansatz der RAA Berlin“

Termin: 14. - 16. September 2018

Ort: Bochum

Infos: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuarbeit e. V. (IDA)

Sebastian Seng

Tel: 02 11 / 15 92 55 65

sebastian.seng@IDAev.de

<https://www.idaev.de/aktuelles/>

Fachtagung „Heimat.Identity.Nation – Nationalismus in der Migrationsgesellschaft“

Termin: 10. Oktober 2018

Ort: Köln

Infos: IDA-NRW

Karima Benbrahim

Tel: 02 11 / 15 92 55 5

info@IDA-NRW.de

<https://www.ida-nrw.de/veranstaltungen/>

IDA-NRW wird gefördert vom

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Online-Ausgabe

www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/